

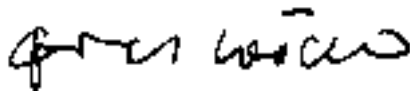
P e r s p e k t i v e n für Deutschland

Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung

„Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ist der rote Faden für den Weg in das 21. Jahrhundert“

Über den Tag hinaus brauchen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine langfristige Orientierung, in welche Richtung sich unser Land entwickeln soll. Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ist der rote Faden für den Weg in das 21. Jahrhundert. Die Lebenschancen der heutigen und der zukünftigen Generationen zu erhalten, bildet den Kern des Leitbildes. Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den nachkommenden Generationen aufbürden.

Ich freue mich, dass mit der Arbeit an der nationalen Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung eine breite gesellschaftliche Diskussion über den Weg angestoßen worden ist, den wir gemeinsam einschlagen wollen. Viele Bürgerinnen und Bürger, eine große Zahl von Verbänden und vor allem der Rat für Nachhaltige Entwicklung haben sich daran beteiligt. Dass im Rahmen der Lokalen Agenda in mehr als 2.300 Gemeinden die Bürgerinnen und Bürger sich für ihr Gemeinwesen engagieren, zeigt mir ebenfalls, wie sehr die Grundsätze der Nachhaltigkeit bereits in der Bevölkerung verankert sind und für das konkrete Handeln zunehmend relevant werden.



Gliederungsübersicht

A.	Nachhaltige Entwicklung	9
B.	Warum eine nationale Strategie?	11
C.	Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung	12
	1. Generationengerechtigkeit	12
	2. Lebensqualität	13
	3. Sozialer Zusammenhalt	13
	4. Internationale Verantwortung	14
D.	Der strategische Lösungsansatz	15
E.	Managementregeln der Nachhaltigkeit	17
F.	Bürgerinnen und Bürger	20
G.	Konkrete Ziele weisen den Weg	21
H.	Nachhaltigkeit als roter Faden der Reformpolitik	23
J.	Schwerpunkte einer nachhaltigen Entwicklung	24
	1. Steigerung der Energieeffizienz	25
	2. Ausbau der erneuerbaren Energien	28

II. Mobilität sichern – Umwelt schonen	30
III. Gesund produzieren – gesund ernähren	34
1. Vorrang für vorsorgenden Verbraucherschutz	34
2. Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden	34
3. Schonender Umgang mit Natur und Umwelt	35
4. Achtung vor den Tieren	35
5. Wirtschaftliche Perspektiven für eine nachhaltige Landwirtschaft	35
6. Nachhaltige Entwicklung für ländliche Räume	35
IV. Demografischen Wandel gestalten	39
V. Alte Strukturen verändern – neue Ideen entwickeln	44
VI. Innovative Unternehmen – erfolgreiche Wirtschaft	47
VI. Global Verantwortung übernehmen	49
K. Erfolgskontrolle sichert Erfolg	54
1. Managementregeln	54
2. Indikatoren und Ziele	54
3. Monitoring	54
L. Ausblick	55

Perspektiven für Deutschland

A. Nachhaltige Entwicklung

Der rote Faden für das 21. Jahrhundert

Schon im Altertum stand Ariadne von Naxos vor einem ähnlichen Problem wie wir moderne Menschen heute. Wie den Weg durch ein Labyrinth finden und verhindern, dass man sich darin verirrt? Der Sage nach löste sie das Problem, indem sie Theseus einen Knäuel Faden mit auf den Weg gab.

Auch in unseren Tagen erscheint vielen Menschen die komplizierte Welt von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wie ein großes Labyrinth, in dem sie sich schwer zurecht finden. Es bedarf der Orientierung, um bei den vielen Themen und den schnellen Veränderungen um uns herum den Überblick zu gewinnen: Wie geht es mit der Wirtschaft und den Arbeitsplätzen weiter? Wie sieht die Zukunft unserer Kinder aus? Können wir den nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt weitergeben? Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer älter werdenden Gesellschaft? Vor allem: Wie hängen diese Entwicklungen miteinander zusammen?

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist der rote Faden für den Weg in das 21. Jahrhundert. Bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 hat sich die Staatengemeinschaft zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bekannt.

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

*Weltkommission für Umwelt und Entwicklung
(„Brundtland-Kommission“), 1987*

Nachhaltige Entwicklung heißt, mit Visionen, Phantasie und Kreativität die Zukunft zu gestalten und dabei auch Neues zu wagen und unbekannte Wege zu erkunden. Es geht um einen schöpferischen Dialog darüber, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir auf die Herausforderungen der globalisierten Welt in Wirtschaft und Gesellschaft antworten wollen.

Die Bundesregierung hat im April 2002 unter der Überschrift „Perspektiven für Deutschland“ die nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung beschlossen. Sie ist zugleich ein deutscher Beitrag zur Weltkonferenz für Nachhaltige Entwicklung im August/September 2002 in Johannesburg. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie macht die Bundesregierung deutlich, in welche Richtung sich unser Land entwickeln soll und welche Weichenstellungen dafür notwendig sind. Sie setzt für die nächsten Jahre Prioritäten, bestimmt konkrete Ziele und nennt die Maßnahmen, um die Idee der nachhaltigen Entwicklung in der Praxis umzusetzen. Die Strategie wird Grundlage für weitere politische Reformen wie auch für ein verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbrauchern sein. Weit über die ökologische Herausforderung hinaus dient die Strategie als Handlungsanleitung für eine umfassende zukunftsfähige Politik, um der Generationen übergreifenden Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung gerecht zu werden.

B. Warum eine nationale Strategie?

Deutschland ist untrennbar mit der Welt verbunden.

Es kann auf Dauer keine lokalen oder nationalen Inseln des Wohlstands und der Sicherheit mehr geben. Kohlendioxid, das in Verbrennungsprozessen entstehende wichtigste Treibhausgas, wird über die Atmosphäre weltweit verteilt. Die Globalisierung der Märkte führt zu einem weltweiten Wettbewerb und damit zu einem Druck auf nationale Umwelt- und Sozialstandards. Macht angesichts dieser internationalen Verflechtung eine nationale Strategie überhaupt noch Sinn?

„Global denken und lokal handeln“ lautet zu Recht das Motto der in unserem Lande sehr erfolgreichen „Lokalen Agenda 21“. So haben unsere Produktions- und Konsummuster, unser Ressourcenverbrauch unmittelbare Folgen für die globale Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und die Entwicklungsmöglichkeiten anderer Länder. Umgekehrt können gerade die Industrieländer mit einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung beweisen, dass damit auch eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Dies bietet auch den Entwicklungsländern Perspektiven. Von einer in der Praxis erfolgreichen nationalen Strategie, welche die ökonomische, ökologische und soziale Dimension in einer integrierten Sicht zusammenführt, dürfte auch international eine große Anziehungskraft ausgehen.

C. Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung

Nachhaltigkeit ist eine ebenso traditionelle wie faszinierende Idee, die von Erfahrungen ausgeht, die wir im Grunde alle in der Familie gemacht haben: Das Zusammenleben der Generationen, die Vorsorge für eine gute Zukunft der Kinder, ein ordentliches Miteinander mit den Nachbarn und Rücksichtnahme auf andere. Diese Prinzipien übertragen wir auf die Gesellschaft und entwickeln anhand von vier Leitlinien ein Bild für die Zukunft unseres Landes:

1. Generationengerechtigkeit

Welche Weichenstellungen sind heute notwendig, damit wir auch morgen gut leben können? Die Antwort auf diese Kernfrage einer nachhaltigen Entwicklung ist ein neuer Generationenvertrag, in dessen Mittelpunkt der Interessenausgleich zwischen den Generationen steht. Dabei geht es um den Abbau der Staatsverschuldung, die Rentenreform, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso wie um die Kosten des Gesundheitswesens.

Der ethische Grundsatz der Nachhaltigkeit lautet: Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Dagegen verstößt, wer eine Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Pump macht und künftigen Generationen steigende Staatsschulden hinterlässt. Das gleiche gilt, wenn Investitionen für die wirtschaftliche Zukunft vernachlässigt werden und stattdessen, schneller und kurzfristiger Konsum in den Vordergrund rückt. Aber auch für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Reform der Altersversorgung gilt der Grundsatz in gleichem Maße.

2. Lebensqualität

Der Begriff Nachhaltigkeit hat einen vitalen und einfachen Kern: Es geht darum, für jedermann, jetzt und in der Zukunft, eine gute Lebensqualität zu erhalten und wo möglich zu verbessern. Jeder soll die Möglichkeit haben, sein Leben in die Hand zu nehmen, zu lernen und zu arbeiten, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und eingebettet in ein Netz sozialer Beziehungen in einer gesunden und sicheren Umwelt zu leben. Der Mensch mit seinen Möglichkeiten und seiner Verantwortung steht im Mittelpunkt.

Für die Lebensqualität ist eine intakte Umwelt unverzichtbar. Aber Lebensqualität umfasst mehr. Zu ihr gehören Gesundheit, persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, befriedigende Arbeit, angemessener Wohnraum, ausreichendes Einkommen, gesellschaftliche Anerkennung ebenso wie gute Schulen, eine lebenswerte und sichere Stadt mit vielfältigen kulturellen Angeboten. Dabei lässt sich Lebensqualität nicht in verschiedene Bereiche aufspalten. Erst das Zusammenspiel aller genannten Faktoren wird dem Menschen in seinen vielfältigen Bezügen gerecht und macht die Lebensqualität in ihrer Gesamtheit aus.

3. Sozialer Zusammenhalt

Der schnelle wirtschaftliche Strukturwandel mit seinen Folgen für die Arbeitsplätze und die damit geforderte Anpassung an veränderte Lebensumstände bedeuten eine Bewährungsprobe für den Sozialstaat und den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gelebte Solidarität und sozialer Zusammenhalt sind elementare Voraussetzungen einer lebenswerten, sozial gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft. Nur auf dieser Grundlage können wir die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und den Strukturwandel in der Wirtschaft und der Arbeitswelt aktiv gestalten. Armut und sozialer Ausgrenzung so weit wie möglich vorzubeugen, eine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Ver-

lierer zu verhindern, alle Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen, diese Elemente kennzeichnen die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung.

Sozialer Zusammenhalt ist nicht nur eine Frage funktionierender sozialer Sicherungssysteme. Auch die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen kann den sozialen Zusammenhalt gefährden. Hier hat der Staat nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten. Inwieweit Obdachlose oder andere Randgruppen aus der Gesellschaft herausfallen oder die Integration von Ausländern gelingt, hängt ganz wesentlich vom Verhalten jedes Einzelnen ab, z.B. im Wohnquartier, in der Schule, am Arbeitsplatz und in öffentlichen Verkehrsmitteln.

4. Internationale Verantwortung

Umwelt und Entwicklung: Das war das Versprechen der Konferenz von Rio 1992 an die Entwicklungsländer. Die Verknüpfung der beiden Ziele ist heute international anerkannt als Grundlage für eine weltweite Strategie für nachhaltige Entwicklung. Das macht Sinn, da beispielsweise die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser und fruchtbaren Böden für viele Entwicklungsländer Grundlage ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ist, andererseits gerade in diesen Ländern Armut und mangelnde wirtschaftliche Alternativen zur Übernutzung von Böden führen. Neben der Verantwortung für die künftigen Generationen wird damit die Überwindung des Nord-Süd-Konflikts zu einem zentralen Thema der Nachhaltigkeit.

Trotz beachtlicher Erfolge seit 1992 sind die Trends, die Auslöser der Rio-Konferenz waren, nach wie vor besorgniserregend. Die Armut in den Entwicklungsländern ist immer noch weit verbreitet. Die Schere zwischen armen Entwicklungsländern und reichen Industrieländern hat sich in den vergangenen Jahren noch weiter geöffnet. Die globalen Umweltrends, etwa die Emission der

Treibhausgase (Klimawandel) oder die Erosion der Böden gefährden langfristig die Lebensgrundlagen der Menschheit.

Die Botschaft von Rio bleibt gültig. Wir brauchen greifbare Erfolge bei der Armutsbekämpfung, damit es beim globalen Umweltschutz substanzielle Fortschritte geben kann und weltweit ein tragfähiges Fundament für Sicherheit und Frieden geschaffen wird.

D. Der strategische Lösungsansatz

Vor einigen Jahren startete der Bamberger Psychologieprofessor Dietrich Dörner ein interessantes Computerspiel. Dabei ging es um eine sehr ernst zu nehmende Sache: Das Überleben eines afrikanischen Stammes unter schwierigen Bedingungen und das Gedeihen einer hessischen Kleinstadt in einer für die Mitte der 90er Jahre typischen Ausgangssituation. Dietrich Dörner hatte das für die Entwicklung eines Gemeinwesens relevante Wissen in seinem Computer gespeichert und die Auswirkungen der verschiedenen Entscheidungen über längere Zeit „simuliert“. Dann wählte eine Spielgruppe den Häuptling eines Stammes bzw. den Bürgermeister einer Kleinstadt und man entwickelte, und zwar unter realistischen Ausgangsbedingungen, das Gemeinwesen.

Bei keiner Spielgruppe währte die Überlebenschance des Stammes länger als 15 Jahre. Mal funktionierte das Gesundheitswesen ausgezeichnet, aber die Ackerböden waren total übernutzt, mal war es umgekehrt. Und die hessische Gemeinde war in null Komma nichts pleite, bei höchst komfortablen Sozialleistungen. Grund hierfür war, dass die Spielgruppen bei auftretenden Problemen zu kurzfristigen Detaillösungen neigten und sich zu wenig Gedanken über die Folgewirkungen ihrer Maßnahmen machten. Erfolgreich aber ließen sich Stamm und Gemeinde nur managen, wenn man langfristig dachte, das Zusammenwirken mehrerer Faktoren über eine

längere Dauer kalkulierte und dabei die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern berücksichtigte.

Genau hier liegt der strategische Lösungsansatz der nachhaltigen Entwicklung, der die genannten Wechselwirkungen transparent macht. Er integriert die bisher getrennt betrachteten Handlungsfelder, um konkurrierende Ziele insgesamt optimaler erreichen zu können. Was sich sehr theoretisch anhört, hat ganz praktische Konsequenzen. Beispielsweise geht es in Zukunft darum, einen wirksamen Klimaschutz, also die Verminderung der Treibhausgase, mit einer zukunftsfähigen Energieversorgung intelligent zu verbinden.

Konkret heißt das etwa, dass wir mit einer effizienteren Nutzung von Energie, beispielsweise Autos mit geringem Spritverbrauch, und einem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der geringere Energieverbrauch führt zu einer verminderten Emission des Treibhausgases Kohlendioxid. Gleichzeitig vermindern wir damit die Abhängigkeit von Ölimporten und erreichen so ein zentrales energiepolitisches Ziel.

E. Managementregeln der Nachhaltigkeit

Die Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung müssen schrittweise konkretisiert werden, damit sie für das Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft relevant werden. In der nationalen Strategie der Bundesregierung wird das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in zehn Managementregeln der Nachhaltigkeit auf den Punkt gebracht.

Grundregel

Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Sie muss zugleich Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen. Das gilt für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die wirtschaftliche Entwicklung sowie den sozialen Zusammenhalt und den demografischen Wandel.

Akteure

1. Bürgerinnen und Bürger, Produzenten und Verbraucher, Wirtschaft und Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen und Verbände sind mit dem Staat wichtige Akteure der nachhaltigen Entwicklung. Sie sollen sich am öffentlichen Dialog über das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung beteiligen und sich eigenverantwortlich in ihren Entscheidungen und Maßnahmen an diesen Zielen orientieren.

2. Die Unternehmen tragen für ihre Produktion und ihre Produkte die Verantwortung. Dazu gehört die Information der Verbraucher über gesundheits- und umweltrelevante Eigenschaften der Produkte sowie über nachhaltige Produktionsweisen. Der Verbraucher trägt die Verantwortung für die Auswahl des Produkts und dessen sozial und ökologisch verträgliche Nutzung.

Handlungsbereiche

3. Erneuerbare Naturgüter (wie z. B. Holz- oder Fischbestände) dürfen auf Dauer nur im Rahmen ihrer Fähigkeit zur Regeneration genutzt werden. Nicht erneuerbare Naturgüter (wie z. B. Mineralien oder fossile Energieträger) dürfen auf Dauer nur in dem Umfang genutzt werden, wie ihre Funktionen durch andere Materialien oder durch andere Energieträger ersetzt werden können. Die Freisetzung von Stoffen oder Energie darf auf Dauer nicht größer sein als die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme – z. B. des Klimas, der Wälder und der Ozeane.

4. Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit sind zu vermeiden.

5. Der durch technische Entwicklungen und den internationalen Wettbewerb ausgelöste Strukturwandel soll wirtschaftlich erfolgreich sowie ökologisch und sozial verträglich gestaltet werden. Zu diesem Zweck sind die Politikfelder so zu integrieren, dass wirtschaftliches Wachstum, hohe Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Umweltschutz Hand in Hand gehen.

6. Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Verkehrsleistung müssen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Zugleich ist anzustreben, dass der wachstumsbedingte Anstieg der Nachfrage nach Energie, Ressourcen und Verkehrsleistungen durch Effizienzgewinne mehr als kompensiert wird.

7. Auch die öffentlichen Haushalte sind der Generationengerechtigkeit verpflichtet. Bund, Länder und Kommunen sollen möglichst bald ausgeglichene Haushalte aufstellen und in einem weiteren Schritt kontinuierlich den Schuldenstand abbauen.

8. Eine nachhaltige Landwirtschaft muss natur- und umweltverträglich sein und die Anforderungen an eine tiergerechte Tierhaltung und den vorsorgenden, insbesondere gesundheitlichen Verbraucherschutz beachten.

9. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, sollen
- Armut und sozialer Ausgrenzung soweit wie möglich vorgebeugt,
 - allen Bevölkerungsschichten Chancen eröffnet werden, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen
 - alle am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben.

10. Die internationalen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass die Menschen in allen Ländern ein menschenwürdiges Leben nach ihren eigenen Vorstellungen führen und an den wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben können. Umwelt und Entwicklung bilden eine Einheit. In einem integrierten Ansatz soll die Bekämpfung der Armut

- mit der Achtung der Menschenrechte,
- mit wirtschaftlicher Entwicklung, Schutz der Umwelt
- sowie verantwortungsvollem Regierungshandeln verknüpft werden.

F. Bürgerinnen und Bürger

Akteure der Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung kann nicht einfach vom Staat verordnet werden. Nur wenn alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft, wenn Bürgerinnen und Bürger das Thema zu ihrer eigenen Sache machen, werden wir Erfolg haben. Wer als Unternehmer investiert oder als Verbraucher konsumiert, bestimmt über die zukünftige Entwicklung ebenso wie der Staat mit seinen Gesetzen und Programmen.

Deshalb ist die öffentliche Diskussion, die Zusammenarbeit mit und zwischen den gesellschaftlichen Akteuren ein wesentliches Element der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Erstmals haben Bürgerinnen und Bürger aktiv an einem Strategiepapier der Bundesregierung mitgewirkt. Die Eckpunkte sowie ein erster Entwurf der Strategie wurden im Internet-Forum „Dialog Nachhaltigkeit“ zur Diskussion gestellt. Die eingegangenen Anregungen und Vorschläge wurden ebenso berücksichtigt wie die Stellungnahmen zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen. Wichtige Beiträge lieferte insbesondere der von Bundeskanzler Gerhard Schröder im April 2001 berufene Rat für Nachhaltige Entwicklung. Auf dieser Grundlage wurde die Strategie gründlich überarbeitet.

Der intensive Dialog schafft Akzeptanz für die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie und damit die Voraussetzung sie gemeinsam zu erreichen. Dabei fangen wir in Deutschland nicht bei Null an. So laufen schon seit Jahren im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“ auf der Ebene der Städte und Gemeinden beispielhafte Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung, von Energiesparmaßnahmen für Schulen und Hallenbäder über Vorschläge für einen umweltverträglichen Verkehr bis hin zu Konzepten für eine flächensparende Bauweise, z. B. „Stadt der kurzen Wege“. Was in über 2 300 Städten und Gemeinden passiert, zeigt dass sich viele Menschen schon heute für eine nachhaltige Entwicklung engagieren.

G. Konkrete Ziele weisen den Weg

Nachhaltige Entwicklung braucht aber nicht nur den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, sie bedarf auch der politischen Führung. Deshalb hat die Bundesregierung mit 21 messbaren Zielen und Indikatoren konkrete Wegmarken benannt. Mit den Indikatoren, beispielsweise über die Entwicklung der Staatsverschuldung, will die Regierung in regelmäßigen Abständen aufzeigen, wo wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen.

Die in der nationalen Strategie festgelegten konkreten Ziele machen deutlich, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Bis 2020 wollen wir z.B. die Energie- und Ressourcenproduktivität verdoppeln und den Flächenverbrauch von jetzt 130 Hektar pro Tag auf maximal 30 Hektar senken. Bis 2010 sollen für 30 Prozent der Kinder Ganztagsbetreuungsangebote zur Verfügung stehen, derzeit sind es in manchen Altersgruppen nur knapp 3 Prozent. Bis 2015 soll die Bahn doppelt so viel Güter transportieren, um die Umwelt zu entlasten und Staus auf den Strassen zu vermindern.

Dabei gibt es Zielkonflikte, die in der nationalen Strategie auch benannt werden. So laufen beispielsweise steigende Ausgaben für Forschung und Kinderbetreuung ohne entsprechende Einsparungen an anderer Stelle dem Ziel entgegen, möglichst bald den Berg der Staatsschulden abzutragen. Der strategische Ansatz der Nachhaltigkeit, in einer Gesamtschau die Erreichung wichtiger Ziele zu optimieren und Wege zu suchen, die eine intelligente Verknüpfung von ökonomischen und ökologischen Zielen ermöglichen, hilft bei der Lösung der Zielkonflikte.

21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert:

1. Energie- und Rohstoffproduktivität
2. Emissionen der 6 Treibhausgase des Kyoto-Protokolls
3. Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch
4. Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche
5. Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten
6. Finanzierungssaldo des Staatssektors
7. Investitionsquote
8. Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
9. Ausbildungsabschlüsse der 25jährigen u. Zahl der Studienanfänger
10. Bruttoinlandsprodukt
11. Transportintensität u. Anteil der Bahn an der Güterverkehrsleistung
12. Anteil des ökologischen Landbaus und Gesamtbilanz Stickstoff-Überschuss
13. Schadstoffbelastung der Luft
14. Zufriedenheit mit der Gesundheit
15. Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle
16. Erwerbstätigenquote
17. Ganztagsbetreuungsangebote
18. Verhältnis der Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern
19. Zahl der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
20. Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit
21. Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern

H. Nachhaltigkeit als roter Faden der Reformpolitik

Jahrelang wurde über Nachhaltigkeit diskutiert. Es mangelte nicht an Konzepten, sondern an deren Umsetzung. Die Bundesregierung hat das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zu einem Grundprinzip ihrer Politik gemacht. Die wichtigsten Reformprojekte dieser Legislaturperiode orientieren sich daran.

Grundlage ist die Sanierung des Bundeshaushalts: Mit dem Ziel, die Neuverschuldung bis zum Jahre 2006 auf Null zu senken, schaffen wir finanzpolitische Stabilität und geben den nachfolgenden Generationen ihre Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit zurück. Mit der Steuerreform und den Gesetzen zur Familienförderung entlasten wir Familien und Arbeitnehmer und bieten den Unternehmen mehr Handlungsspielräume. Die ökologische Steuerreform gibt Impulse für die Steigerung der Energieeffizienz und reduziert die Lohnnebenkosten. Die Reform der Altersvorsorge gewichtet die Verantwortung zwischen den Generationen neu, indem sie mit der staatlich geförderten Zusatzvorsorge die Eigenverantwortung stärkt. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft für die Beitragszahler finanzierbar zu halten.

Ebenso handlungsorientiert hat die Bundesregierung die Strategie „Perspektiven für Deutschland“ angelegt. In acht Handlungsfeldern wird aufgezeigt, welche Weichenstellungen und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes notwendig sind:

J. Schwerpunkte einer nachhaltigen Entwicklung

I. Energie effizient nutzen - Klima wirksam schützen

Drehbuch für eine zukunftsfähige Energiepolitik

Wenige Zahlen kennzeichnen die Herausforderung vor der wir national und weltweit stehen: Wie hier der Anspruch an eine sichere Energieversorgung mit dem Ziel einer weiteren Reduzierung der Treibhausgase verknüpft werden kann, gehört zu den zentralen Fragen der nachhaltigen Entwicklung.

- Der weltweite Energieverbrauch beruht weitgehend auf den fossilen Energieträgern Öl, Kohle und Gas.
- Deutschland ist zu rund 60% von Energieimporten abhängig, der Verkehrsbereich sogar zu 98% von importiertem Mineralöl.
- Die energiebedingten CO₂-Emissionen sind für mehr als 70% des vom Menschen verursachten Treibhauseffekts verantwortlich.
- Rund 75% des weltweiten Energieverbrauchs entfallen auf die Industrieländer, während ihr Anteil an der Weltbevölkerung nur bei 25% liegt.

Die energie- und klimaschutzpolitischen Ziele lassen sich vor diesem Hintergrund klar benennen. Wir brauchen eine sichere Energieversorgung zu Preisen, die für Industrie und Haushalte tragbar sind. Vor allem die Abhängigkeit von Energieimporten und in der Folge die von steigenden Energiepreisen ausgehenden Gefahren sind hier kritisch zu sehen. Ebenso haben sich Deutschland und die Europäische Union insgesamt durch internationale Vereinbarungen verpflichtet, die Emissionen von Treibhausgasen deutlich zu reduzieren. Wir sind auf gutem Wege, die zugesagte Minderung

um 21 % bis 2008/2012 zu erfüllen. Im Jahr 2000 hatte Deutschland gegenüber 1990 bereits eine Minderung von über 18 % erreicht. Dagegen sind wir noch ein Stück von dem nationalen Ziel entfernt, bis 2005 die Emissionen von Kohlendioxid um 25 % zu vermindern.

Die Bundesregierung setzt auf folgende Doppelstrategie:

1. Steigerung der Energieeffizienz

Eine systematische Steigerung der Effizienz bei der Erzeugung und dem Verbrauch von Energie ist der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung. Dafür brauchen wir bei der Stromerzeugung Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden. Auf diesem Weg sind in Deutschland in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erreicht worden. Während z. B. ein modernes Braunkohlekraftwerk, wie das Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ einen Wirkungsgrad von 41 % aufweist, liegen ältere Braunkohlekraftwerke unter 35 %. Besonders effizient nutzen KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Kopplung) mit Wirkungsgraden bis über 90 % die eingesetzten Energieträger. Die Bundesregierung hat deshalb mit der deutschen Wirtschaft die Modernisierung und den Ausbau von KWK-Anlagen vereinbart. Bis 2010 sollen bis zu 23 Mio. t CO₂ eingespart werden. Eine hocheffiziente Zukunftstechnologie stellt die Brennstoffzelle dar. Sie wird deshalb im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gezielt gefördert.

Pilotprojekt Brennstoffzelle

Brennstoffzellen erzeugen aus Wasserstoff, Erdgas oder Methanol mit hohen Wirkungsgraden und minimalem Schadstoffausstoß Strom und Wärme. In einigen Jahren könnten sie nach und nach den konventionellen Heizkessel in unseren Kellern ersetzen. Aber auch Prozesswärme für industrielle Zwecke lässt sich in Brennstoffzellen gleichzeitig mit Strom erzeugen. Vernetzt man Brennstoffzellen miteinander, so entsteht ein „virtuelles Kraftwerk“, d.h. eine Vielzahl von Brennstoffzellen erzielt zusammen die Wirkung eines Kraftwerks.

Im Rahmen des Pilotprojekts sollen wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung und zur beschleunigten Markteinführung der Brennstoffzellen im stationären wie auch im Verkehrsbereich geleistet und verschiedene Einsatzmöglichkeiten praktisch erprobt werden. Dazu werden mit Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) konkrete Projekte zur Erprobung von Brennstoffzellen im Gebäudebereich wie auch im Produktions- und im Verkehrsbereich gefördert.

Aber auch bei der Energienutzung bestehen nach wie vor erhebliche Potenziale zur Effizienzsteigerung. Der heutige Durchschnitts-Pkw verbraucht bereits ein Drittel weniger Kraftstoff als vor gut 20 Jahren. Damit sind die Möglichkeiten aber noch lange nicht ausgeschöpft. Durch die schrittweise erhöhte Mineralölsteuer wurden die Signale für den Einsatz verbrauchsarmer Kraftfahrzeuge gesetzt. So ging der Spritverbrauch im ersten Halbjahr 2001 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1999 um rund 5 % zurück. Seit 1997 ist der Anteil der verbrauchsarmen Kraftfahrzeuge an den Neuzulassungen von etwa 15 % auf rund 40 % gestiegen.

Ein weiteres Beispiel bilden die Haushaltsgeräte. Seit hier Energieeffizienzklassen eingeführt und eine entsprechende Kenn-

zeichnung vorgeschrieben wurde, nahm der Verkauf von Geräten mit geringem Verbrauch rapide zu, andere verschwanden weitgehend vom Markt.

Die Energieproduktivität kennzeichnet somit den entscheidenden Leitindikator. Sowie die Arbeitsproduktivität die Wirtschaftsleistung pro Arbeitsstunde misst, gibt die Energieproduktivität an, welche Wirtschaftsleistung mit dem Einsatz einer bestimmten Energiemenge erbracht wurde. In der Strategie ist als konkretes Ziel festgelegt, dass bis 2020 die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppelt werden soll. Dies bedeutet, dass mit einer bestimmten Energiemenge im Jahr 2020 etwa doppelt so viel produziert werden kann wie 1990. Langfristig soll sich die Verbesserung der Energieproduktivität an der „Faktor 4“-Vision orientieren. Auch für Effizienzsteigerungen bei anderen Ressourcen bietet dies eine Orientierung. Das bedeutet doppelten Wohlstand bei halbem Verbrauch.



Quelle: Umweltbundesamt

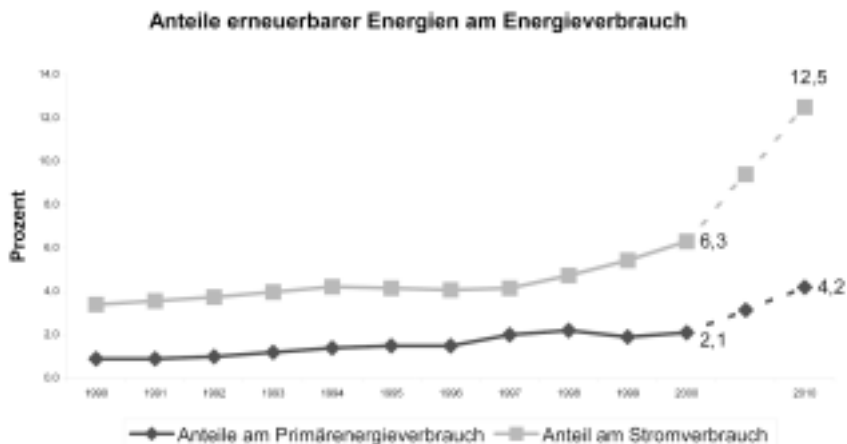
Staatsminister Hans Martin Bury:

„In Zukunft werden Ressourcen- und Energieeffizienz weltweit die Markenzeichen erfolgreicher Volkswirtschaften sein.“

2. Ausbau der erneuerbaren Energien

Den zweiten Pfeiler einer nachhaltigen Energieversorgung bildet der umweltverträgliche Ausbau der erneuerbaren Energien. Seit 1998 ist hier eine stürmische Entwicklung zu verzeichnen. So hat sich seither die Kapazität von Windkraftanlagen verdreifacht. Die Zukunft der Windenergie liegt auf dem Meer, im so genannten Offshore-Bereich. Nach wie vor hoch ist die Nachfrage nach Sonnenkollektoren. Erhebliche Potenziale weisen zudem die nachwachsenden Rohstoffe auf. Die Förderpolitik der Bundesregierung wird auf diesen Gebieten auch in den kommenden Jahren zu einem stabilen Aufwärtstrend führen.

Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis 2010 gegenüber 2000 zu verdoppeln. Bis Mitte des Jahrhunderts sollen erneuerbare Energien rund die Hälfte des Energieverbrauchs decken.



Quellen: AG Energiebilanzen, DIW 2001, Staiß, Jahrbuch Erneuerbare Energien 2001, VDEW 2001

Sparen mit Gewinn

Wirkungsgrade und Brennstoffzellen, das sind Begriffe aus einer technischen, nicht allen Menschen vertrauten Welt. Hat das Thema Energieeffizienz überhaupt etwas mit uns Normalbürgern zu tun? Viel mehr als wir alle glauben. Die größten Potenziale zum Energiesparen bietet der Gebäudebereich. Hier liegen richtige Schätze, die wir heben können.

Viele erinnern sich noch an die überhitzten Wohnungen in Chemnitz oder in Leipzig. Die thermostatlosen Heizungen liefen „volle Pulle“ und gleichzeitig standen die Fenster weit offen, sonst wäre es gar nicht mehr auszuhalten gewesen. Die Energie wurde buchstäblich zum Fenster „hinausgeworfen“. Heutzutage gibt es in vielen Wohnungen auch in den neuen Bundesländern „intelligente“ Heizungen, die ein größeres Wohlbehagen bei weit geringerem Energieverzehr gewährleisten.

Aber auch Jahre danach heizen viele von uns mit gekippten Fenstern buchstäblich zum Fenster hinaus. Damit kühlt der Raum aus und der Lüftungseffekt ist gering. Richtig lüften heißt, kurz die Fenster richtig aufzumachen und dann wieder zu schließen. Darüber hinaus führen eine bessere Dämmung und modernisierte Heizungen zu einer drastischen Verringerung des Energieverbrauchs. Das rechnet sich in überschaubaren Zeiträumen.

Keine Alternative: Kernenergie

Die Nutzung der Kernenergie stellt keine Lösung für eine zukunftsfähige Energieversorgung und den Klimaschutz dar. Ihre auf Dauer nicht verantwortbaren Risiken und die auf Jahrtausende verbleibenden hoch problematischen Abfälle sind mit einer nachhaltigen Energiepolitik und der Verantwortung für die zukünftigen Generationen nicht zu vereinbaren. Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen haben sich vor diesem Hintergrund darauf verständigt, die Stromerzeugung aus Kernenergie geordnet zu beenden.

II. Mobilität sichern – Umwelt schonen

Fahrplan für neue Wege

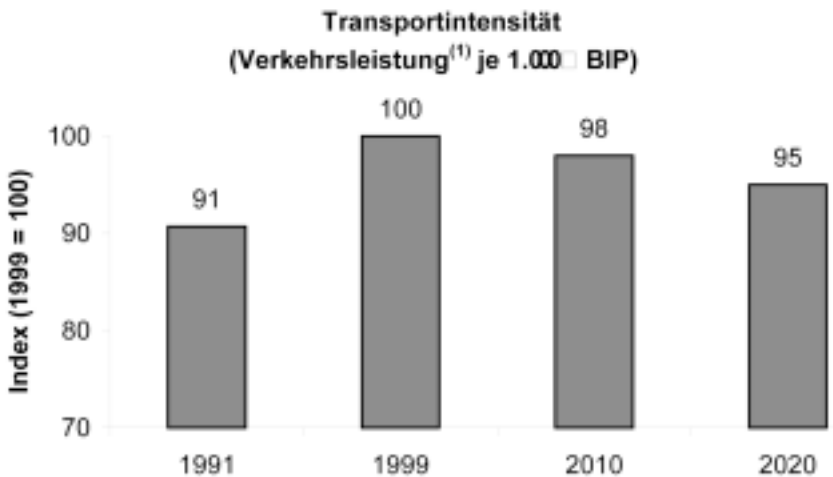
Manchmal reichen wenige Zahlen, um uns den Trend einer Entwicklung plastisch vor Augen zu führen. Nach Schätzung der Experten (Verkehrsbericht der Bundesregierung) steigt die Transportleistung im Güterverkehr bis 2015 gegenüber 1997 um 64%. Dabei wird das Wachstum beim Güterverkehr auf der Straße mit 71% sogar am stärksten sein, verglichen mit der Bahn mit 59%.

Schon heute ist auf den Autobahnen regelmäßig die rechte Spur mit LKW belegt. Immer wieder stehen wir auf stark befahrenen Strecken im Stau. Es ist aber völlig ausgeschlossen, dass der Bau von neuen Straßen und der Ausbau der Bahn mit diesem Verkehrswachstum Schritt halten kann. Dafür fehlt nicht nur das Geld, die damit verbundenen Belastungen (Lärm, Abgase und Landschaftsverbrauch) wären für die Umwelt nicht mehr zu verkraften.

Die Ursachen für das enorme Wachstum im Güterverkehr liegen erstens in einer immer stärkeren arbeitsteiligen Wirtschaft. So sind beispielsweise an der Herstellung eines vergleichsweise einfachen Produkts, etwa eines Kühlschranks, viele Unternehmen und Zulieferer beteiligt. Damit die verschiedenen Teile zur richtigen Zeit im Montagewerk verfügbar sind, müssen mit einem ausgeklügelten Logistikkonzept die vielen Transporte organisiert werden. Zweitens wird nach der Erweiterung der Europäischen Union der Güterverkehr in West-Ost-Richtung in bisher nicht gekanntem Ausmaß zunehmen.

Mobil mit weniger Verkehr

Wie schon bei der nachhaltigen Energiepolitik liegt der strategische Lösungsansatz für eine nachhaltige Verkehrspolitik in Effizienzsteigerungen. Damit sollen Wirtschafts- und Verkehrswachstum mittel- bis langfristig entkoppelt werden. Das Ziel besteht darin, ein hohes Mobilitätsniveau möglichst verkehrseffizient zu erreichen und die heute vom Verkehr ausgehenden Belastungen der Umwelt zu vermindern. Konkret will die Bundesregierung erreichen, dass bis 2020 gegenüber 1999 die Transportintensität im Güterverkehr sich um 5% vermindert. Da bisher aus den genannten Gründen der Trend in die andere Richtung ging und bis 1999 die Transportintensität zunahm, ist das ein durchaus anspruchsvolles Ziel.



(1) Mrd. Tonnenkilometer

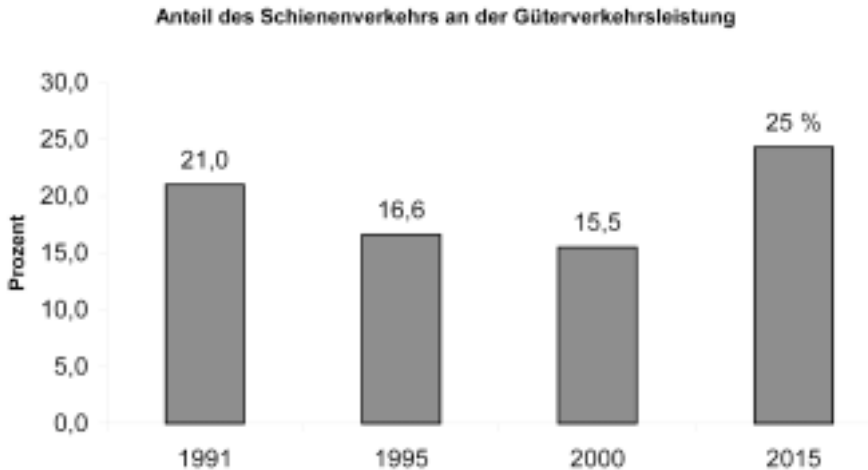
Quelle: Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen

Tatsächlich gibt es im Güterverkehr noch enorme Reserven für Effizienzsteigerungen. Weil in den meisten Branchen die Transportkosten kein relevanter Kostenfaktor sind, werden Arbeitsschritte und Dienstleistungen auch dann ausgelagert, wenn sie kaum zur Wertschöpfung oder Kostenersparnis beitragen. Die Kosten für die Inanspruchnahme der Straßen und die Belastung der Umwelt müssen sich in den Transportkosten niederschlagen. Nur so werden wirtschaftlich wenig sinnvolle Transporte, die auf einem überlasteten Verkehrsnetz zu Staus führen, vermieden. Genau diesen Weg hat die Bundesregierung mit einer schrittweisen Erhöhung der Mineralölsteuer eingeschlagen. Außerdem wird eine streckenbezogene Maut auf Autobahnen für schwere LKW eingeführt.

Neben der Vermeidung wirtschaftlich wenig sinnvoller Transporte liegen große Effizienzreserven in einer besseren Vernetzung und Kooperation der Verkehrsträger. Das bisherige Gegeneinander von Straße und Bahn führt nicht weiter. Für ein effizientes Verkehrsnetz muss deshalb insbesondere in die Knotenpunkte und Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern investiert werden. So kann die Bahn ihre Vorteile beim Transport auf langen Strecken und der LKW bei der Verteilung von Gütern in der Fläche zum Tragen bringen. Die Wirtschaft will einen zuverlässigen und zügigen Transport von A nach B. Wie dieser Transport optimal organisiert wird, entscheidet sich nach den Vorteilen der einzelnen Verkehrsträger, aber vor allem nach der Leistungsfähigkeit der Schnittstellen (Verladeeinrichtungen/kombinierter Verkehr) zwischen Straße und Bahn.

Weil insbesondere auf langen Strecken der Güterverkehr auf der Bahn mit wesentlich geringeren Umweltbelastungen verbunden ist und die Straße das künftige Transportvolumen gar nicht aufnehmen kann, kommt dem Ausbau der Bahn entscheidende Bedeutung zu. Das gilt insbesondere für den grenzüberschreitenden und überregionalen Verkehr. Deshalb ist als herausragendes Ziel in

der Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt, dass die Güterverkehrsleistung auf der Schiene bis 2015 gegenüber 1997 verdoppelt werden soll. Dies bedeutet, dass der Anteil des Schienenverkehrs an der Güterverkehrsleistung insgesamt auf 25 % steigt.



Quelle: Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen

Dies verlangt massive Investitionen in eine leistungsfähige Infrastruktur der Bahn: Vom Netz über die Signaltechnik bis zu den Umschlagplätzen. Die Bundesregierung hat in diesem Sinne seit 1998 die Investitionen für eine leistungsfähige Bahn enorm gesteigert. So wurden im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms in den Jahren 2001 bis 2003 für Investitionen in die Schienenwege zusätzlich 3 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Die Schaffung von Terminals des kombinierten Verkehrs und von Güterverkehrszentren wird auf hohem Niveau gefördert.

III. Gesund produzieren – gesund ernähren

Verbraucher als Motor für Strukturwandel

Der Mensch ist was er isst. So sagte es einmal etwas zynisch ein Philosoph des 19. Jahrhunderts. Ohne Lebensmittel können wir nicht leben. Und ohne gute Lebensmittel können wir nicht gut leben. Deshalb gab es den öffentlichen Aufschrei nach dem BSE-Skandal. Fortan wurde das gesamte Feld rund um die Ernährung in dieser Debatte kritisch hinterfragt und neu bewertet: Von der Sicherheit und Qualität der Nahrungsmittel über die Produktionsprozesse und deren Auswirkungen auf Umwelt, Natur und Tierhaltung. Auch das Verhältnis zu Lebensmitteln und zur Ernährung ändert sich mit dem Lauf der Zeit: Erst ging es um die Sicherung des Überlebens, jetzt geht es darum, gutes Leben möglich zu machen. Diesem Wandel müssen sich auch die Ernährungs-, die Agrarwirtschaft und die Politik stellen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie nennt klar die Konsequenzen dieser Entwicklung und die Ziele für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft und den vorsorgenden Verbraucherschutz:

1. Vorrang für vorsorgenden Verbraucherschutz

Gesunde Lebensmittel sind ein Grundbedürfnis des Menschen. Deshalb hat der vorsorgende gesundheitliche Verbraucherschutz klaren Vorrang.

2. Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden

An der Ladentheke entscheidet sich, inwieweit qualitativ hochwertige und umweltverträglich erzeugte und verarbeitete Lebensmittel sich am Markt durchsetzen. Deshalb kommt den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Schlüsselrolle zu.

3. Schonender Umgang mit Natur und Umwelt

Grundlage für eine nachhaltige Landwirtschaft ist eine Natur und Umwelt sowie insgesamt die Ressourcen schonende Art der Produktion. Nur eine umweltverträgliche Produktion, welche die gewachsene Kulturlandschaft im Interesse der Gesellschaft erhält, rechtfertigt entsprechende staatliche Leistungen an die Landwirtschaft.

4. Achtung vor den Tieren

Es muss Schluss sein mit unhaltbaren Bedingungen bei der Haltung und dem Transport der Tiere. Gesetzliche Mindestanforderungen sind festzulegen und ihre Einhaltung zu kontrollieren.

5. Wirtschaftliche Perspektiven für eine nachhaltige Landwirtschaft

Eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft braucht eine tragfähige wirtschaftliche Basis. Aussagekräftige Qualitätssiegel, qualitätsorientierte Verbraucher, regionale Vermarktung und zusätzliche Einkommensquellen einer multifunktionalen Landwirtschaft (z. B. Landwirt als Energiewirt) sowie eine entsprechende staatliche Förderung bieten dafür Möglichkeiten.

6. Nachhaltige Entwicklung für ländliche Räume

Die moderne Landwirtschaft kommt mit immer weniger Arbeitskräften aus. Deshalb müssen neue Arbeitsplätze in Handwerk und Gewerbe sowie bei modernen Dienstleistungen die wirtschaftliche Basis für die ländlichen Räume verbreitern. Ganz entscheidend kommt es für eine nachhaltige Entwicklung darauf an, den ländlichen Raum mit seinen verschiedenen Funktionen (Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraum) insgesamt in den Blick zu nehmen und die konkurrierenden Nutzungen zu einem vernünftigen Ausgleich zu bringen.

Von der Region lernen

Nachhaltige Entwicklung wächst von unten. Die Akteure in der Region, Landwirte und Kommunalpolitiker, Naturschützer und Tourismusanbieter, Handwerker und Dienstleister, wissen, welche Entwicklungspotenziale es in ihrer Region gibt. Wenn sie sich zusammensetzen, gemeinsam den roten Faden spinnen und Netzwerke bilden, dann ist der entscheidende Schritt für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum getan. Ganz in diesem Sinne hat das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft das Pilotprojekt „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ gestartet und ist damit auf großes Interesse gestoßen.

Pilotprojekt: REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft

Ziel:

Praktische Erprobung der von der Bundesregierung beschlossenen Neuausrichtung der Verbraucherschutz- und Agrarpolitik in Modellregionen.

Maßnahmen:

In einem zweistufigen Wettbewerb wurden 18 Modellregionen ausgewählt, in denen das Konzept einer multifunktionalen Landwirtschaft konkret umgesetzt und der ländliche Raum insgesamt gestärkt werden soll. Durch die Pflege der Kulturlandschaft, Angebote im Tourismus, Energieerzeugung aus Biomasse und viele andere Maßnahmen bietet eine multifunktionale Landwirtschaft den Betrieben vor Ort die Chance, neben der Nahrungs- und Futtermittelproduktion zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen.

Zugleich geht es dabei um die stärkere Berücksichtigung von Verbraucherinteressen. Die überschaubare, gläserne Produktion in der Region ist in besonderem Maße geeignet, verloren gegangenes Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher wieder herzustellen.

Um diese Ziele zu erreichen, sollen die betroffenen Politikbereiche auf allen Ebenen, aber auch staatliche und nichtstaatliche Akteure in einem partnerschaftlichen Netzwerk zusammenwirken und innovative Ideen und Perspektiven für die Regionen entwickeln. Dabei gilt es, die Interessen von Verbrauchern, Erzeugern und Handel sowie des Gesundheits-, Umwelt- und Tierschutzes besser miteinander in Einklang zu bringen.

In der ersten Phase des Wettbewerbs hatten sich 206 Regionen beworben. Unter diesen wählte eine unabhängige Jury 6 Regionen aus den neuen Bundesländern und 12 Regionen aus den alten Bundesländern aus. Die Gewinner des Wettbewerbs unterstützt die Bundesregierung bei der Verwirklichung ihrer Konzepte zur integrierten ländlichen Entwicklung vier Jahre lang mit insgesamt 35,5 Millionen Euro.

Bei der Auswahl der Regionen wurde darauf geachtet, dass die typischen Regionen Deutschlands abgedeckt werden. So soll deutschlandweit ein Prozess in Gang gebracht werden, der sich in der Zukunft selbständig trägt und demonstriert, wie die Anforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft stärker als bisher berücksichtigt werden können und welche neuen Wege in der ländlichen Entwicklung möglich sind. Die Modellregionen sollen mit ihren innovativen Vorstellungen zum Vorbild für den gesamten ländlichen Raum und seine Verbindungen zur Stadt werden.

IV. Demografischen Wandel gestalten

Familien fördern und stärken

Kinder und Jugendliche verkörpern die Zukunft und Vitalität unseres Landes. Mit ihren Fragen und Problemen halten sie unsere Gesellschaft jung. Sie tragen dazu bei, dass die großen Zukunftsfragen ihren politischen Stellenwert erhalten und nicht die Besitzstandswahrung die Tagesordnung bestimmt. Es bleibt Grundanliegen einer langfristig stabilen Gesellschaft, dass sich junge Menschen entschließen, Eltern zu werden und ihre Kinder in der Familie zu verantwortungsbewussten und mündigen Bürgern zu erziehen.

Dabei wird Familie heute in vielfältiger Form gelebt: Verheiratete und nicht verheiratete Eltern, die ihre Kinder gemeinsam erziehen, Mütter und Väter, die ihre Kinder allein erziehen. Kinder leben in Stieffamilien, Adoptionsfamilien und Pflegefamilien. In jedem Fall ist das „Ja“ zum Kind eine persönliche und gesellschaftlich nicht verfügbare Lebensentscheidung.

Es gibt drei entscheidende Ansatzpunkte einer nachhaltigen Politik für eine kinderfreundliche Gesellschaft:

- die wirtschaftliche Grundlage von Familien muss gestärkt werden,
- das Angebot für die Betreuung von Kindern sowie Ganztagschulen müssen ausgebaut werden und
- die ganze Gesellschaft muss sich stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren (z.B. im Straßenverkehr).

In erster Linie sollen Familien in die Lage versetzt werden, das notwendige Einkommen selbst zu erwirtschaften. Wo dies nicht gelingt, müssen Familien bedarfsgerecht gefördert werden, damit ein Leben mit Kindern nicht zu unzumutbaren Einbußen am Lebensstandard führt. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen hat die Bundesregierung die wirtschaftliche Lage der Familien verbessert.

- Von 1998 bis 2002 wurde das Kindergeld dreimal auf jetzt 154 Euro erhöht. Im Vergleich zu 1998 sind das über 40 Euro mehr.
- Familien mit Kindern gehören auch zu den Gewinnern der Steuerreform. Die steuerlichen Freibeträge wurden ausgeweitet. Berücksichtigt man über die Erhöhung des Kindergeldes hinaus auch die übrigen steuer- und familienpolitischen Entscheidungen, so ergibt sich für eine durchschnittlich verdienende vierköpfige Familie im Jahr 2002 gegenüber 1998 ein Plus von 1 850 Euro in der Haushaltskasse. Durch die folgenden Stufen der Steuerreform werden die Familien weiter entlastet.
- Ebenso erhalten durch die BAFÖG-Reform wieder mehr Studierende staatliche Förderung.

Die neue Elternzeit gibt Müttern und Vätern gleichermaßen die Möglichkeit, sich ihrem Kind zu widmen und gleichzeitig den Kontakt zum Beruf aufrecht zu erhalten. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt ein flächendeckendes, bedarfsorientiertes Angebot an Einrichtungen zur qualifizierten Betreuung von Kindern sowie Ganztagschulen eine wichtige Rolle. Darüber hinaus leisten in einer Gesellschaft, in der Kinder immer seltener werden, diese Einrichtungen einen wichtigen Beitrag um soziales Verhalten zu erlernen. Der Ausbau dieser Einrichtungen ist Aufgabe der Länder und Kommunen. Die Bundesregierung wird dazu mit einem Zukunfts-Programm Bildung und Betreuung ihren Beitrag leisten. In den nächsten vier Jahren sind hierfür jährlich 1 Mrd. Euro vorgesehen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder:

„Wir alle müssen noch viel mehr dafür tun, dass Frauen und Männer Elternschaft und Berufstätigkeit vereinbaren können. Eine gute und bedarfsgerechte Kinderbetreuung ist dafür der wichtigste Schlüssel. Sie ist ein zentraler Beitrag zur Lebensqualität und Chancengleichheit von Kindern. Und mehr noch: Sie ist auch ökonomisch vernünftig, weil wir dann die Begabungsreserven in unserem Land viel besser ausschöpfen können.“

Insgesamt bietet eine kinderfreundliche Gesellschaft viele Chancen für ein lebendiges Gemeinwesen, gelebte Solidarität und mehr Lebensqualität für alle.

Umgekehrt sind Familien auf ein tragendes soziales Umfeld durch Verwandte, Nachbarn und am Arbeitsplatz angewiesen. Dies erfordert beispielsweise vom Arbeitgeber Flexibilität, wenn Eltern sich kurzfristig um ihre Kinder kümmern müssen. Im Alltagsleben spielen ein kindgerechtes Wohnumfeld, sichere Verkehrswege sowie Rücksichtnahme und Toleranz eine wichtige Rolle. Somit ist das Ziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft ganz wesentlich auch eine Anforderung an die gesellschaftlichen Akteure der nachhaltigen Entwicklung, an Arbeitgeber und Gewerkschaften, Kommunen und Planer, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, letztlich an jeden von uns.

Aktiv im dritten Lebensabschnitt

Eine älter werdende Bevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten das Gesicht unserer Gesellschaft prägen. Für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt, den Bildungsbereich, die medizinische Versorgung und die soziale Sicherung ergeben sich daraus gravierende Konsequenzen. Wie wird sich das Verhältnis im Zusammenleben der Generationen entwickeln, wenn sich die Alterspyramide umkehrt? Wie flexibel, wie innovativ kann eine älter wer-

dende Bevölkerung auf die Herausforderungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels antworten?

Unser Bild vom älteren Menschen, von seinen Möglichkeiten und seinen Grenzen, muss auf den Prüfstand. Zu sehr hat bisher der zur Entlastung des Arbeitsmarktes eingeführte vorzeitige Ruhestand das Bild geprägt. Andererseits sind auch die veränderten Lebensbedürfnisse alter Menschen ernst zu nehmen. Insgesamt lässt sich die Aufgabe der kommenden Jahre wie folgt formulieren: Die Chancen älterer Menschen zur Beteiligung am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben sind zu entwickeln und zu nutzen. Dies wird in dem Maße gelingen, wie sich die Gesellschaft auf ihre Lebensbedürfnisse, ihre Möglichkeiten und Grenzen einstellt. Das gilt insbesondere für die Angebote zur Bildung und Qualifikation und die Beteiligung am Erwerbsleben.

Wie einschneidend die Konsequenzen des demografischen Wandels für Wirtschaft und Gesellschaft sind, lässt sich an folgenden Zahlen ablesen: Aufgrund der niedrigen Geburtenrate wird derzeit in Deutschland die Elterngeneration nur zu zwei Dritteln durch Nachkommen ersetzt. Gleichzeitig führt die gestiegene Lebenserwartung zu einer massiven Verschiebung der Altersstruktur. Projektionen für das Jahr 2050 gehen davon aus, dass der Anteil der 65-jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung von heute rund 16 auf rund 29 Prozent steigen wird.

Der Anteil der Erwerbstätigen (Arbeitnehmer und Selbständige) an der gesamten Bevölkerung ist ein maßgeblicher Indikator dafür, inwieweit die Konsequenzen des demografischen Wandels bewältigt werden können. Die Erwerbstätigen erbringen die wirtschaftliche Leistung, schaffen den Wohlstand für alle, zahlen Steuern und die Beiträge für die Sozialversicherung. Neben einer stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frauen können neue geeignete Formen der Erwerbsbeteiligung älterer Menschen das Potenzial der Erwerbstätigen ausschöpfen.

Die Chancen für eine höhere Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nehmen möglicherweise dann zu, wenn nach Abschluss der bisher praktizierten Berufstätigkeit, die Menschen eine andere Arbeit aufnehmen, die ihren Möglichkeiten und ihren Lebensbedürfnissen entspricht. So verstanden geht es um einen neuen Abschnitt im Erwerbsleben und nicht lediglich um eine Fortsetzung der bisherigen Berufstätigkeit. Der Wechsel in eine neue Tätigkeit mit einem den Möglichkeiten und Bedürfnissen älterer Menschen entsprechenden Profil kennzeichnet diesen Weg. In diesem Sinne wird der gleitende Übergang von der bisherigen Arbeit in den Ruhestand zu einem eigenen und unter Umständen längeren Abschnitt in der Erwerbsbiografie.

V. Alte Strukturen verändern – neue Ideen entwickeln

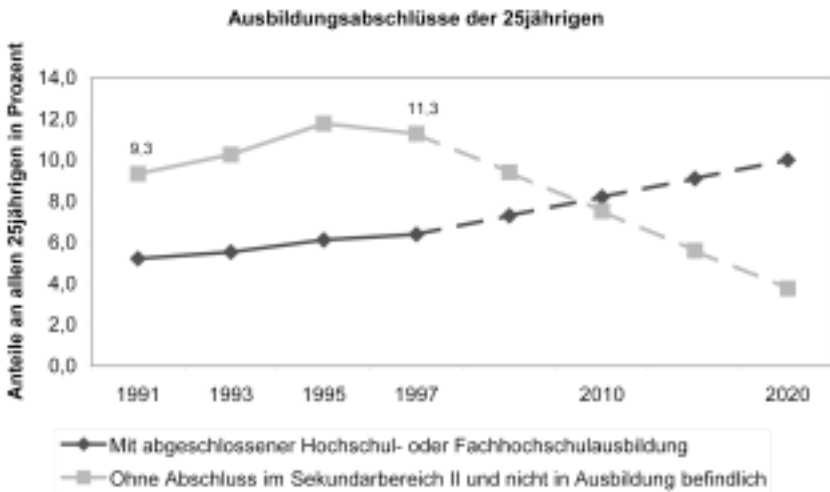
Mit Bildung den Wandel gestalten

Nachhaltige Entwicklung bedeutet insbesondere, den anhaltenden Strukturwandel in Gesellschaft und Wirtschaft aktiv zu gestalten. Dies setzt voraus, dass die Menschen mit dem schnell wachsenden Wissen, neuen Technologien, sich ändernden Arbeits- und Lebensverhältnissen umgehen können. Aus der Fülle des Wissens die wichtigen Informationen auszuwählen, sie zu bewerten und anzuwenden, stellt an den modernen Menschen hohe Anforderungen. Eine breit angelegte Bildung in Verbindung mit einer hohen sozialen Kompetenz gibt den Menschen den roten Faden, um sich in einer dynamischen Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft zu orientieren und den Wandel aktiv mit zu gestalten.

Zusammengefasst haben Bildung und Qualifizierung drei Ziele:

- Entwicklung der Persönlichkeit
- Teilhabe an der Gesellschaft
- Wahrnehmung von Beschäftigungschancen

Ist unser Bildungssystem für diese Herausforderung gerüstet? Entwicklungstendenzen der letzten Jahre zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. So ist zum Beispiel der Anteil der 25-Jährigen ohne Abitur oder Berufsausbildung von 9 % im Jahre 1991 auf 11 % im Jahre 1999 gestiegen. Gemeinsam mit den Ländern strebt die Bundesregierung an, diese Quote bis 2010 um rund ein Drittel und bis 2020 um etwa ein weiteres Drittel auf rund 4 % zu reduzieren. Darüber hinaus soll der Anteil derjenigen deutlich erhöht werden, die mit 25 Jahren ein Studium abgeschlossen haben.



Quelle: Auswertung des Mikrozensus durch das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim

Frühe Förderung stärkt Chancengleichheit

Bisher wird zu wenig gesehen, dass erfolgreiches Lernen an elementare individuelle Voraussetzungen gebunden ist, auf die die Schule kaum Einfluss hat. Schon beim Start in der Grundschule setzt die sinnvolle Teilnahme am Unterricht einen bestimmten körperlichen, geistigen, psychischen und sozialen Entwicklungsstand des Kindes voraus. Hat das Kind beispielsweise große Probleme zuzuhören, sich zu konzentrieren und sich in der Gruppe zu bewegen, kann sich die Teilnahme am Unterricht schwierig gestalten.

Erst wenn wir die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass aus unterschiedlichen familiären, sozialen oder wirtschaftlichen Gründen eine beachtliche Zahl der Kinder diese elementaren Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen nicht mitbringen, dringen wir zum Kern der Schwierigkeiten vor, vor de-

nen unsere Schulen heute stehen. Vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien und solche mit Eltern, die im Ausland geboren wurden, sind davon betroffen. Wollen wir einem späteren Schulversagen vorbeugen, müssen wir hier ansetzen. Entscheidend ist die Erkenntnis, dass mit einer gezielten frühen Förderung im Kindergarten und in der Grundschule Entwicklungsdefizite der Kinder weitgehend ausgeglichen werden können.

Im Wesentlichen ergeben sich aus diesem Ansatz folgende Konsequenzen:

- Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen mit einer Priorität bei der frühen Förderung neu definieren,
- Individuelle Förderung der Kinder in den ersten Grundschuljahren,
- Abbau der herkunftsbedingten Chancenungleichheit der Kinder,
- Intensive Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus

VI. Innovative Unternehmen - erfolgreiche Wirtschaft

Innovationskraft wächst in einem komplexen Staffellauf von anregender Motivation, richtigem Wissen, aufregender Debatte und der Naivität „erster Einfälle“. Ein rein technisch-wissenschaftlicher Innovationsbegriff würde zu kurz greifen. Weit darüber hinaus verlangt eine nachhaltige Entwicklung Visionen, den Aufbruch in ein neues Denken. Neues Denken braucht Freiräume und offene Horizonte. Zu viele Paragraphen und die Neigung zu Detailregelungen können die notwendigen Freiräume einschränken.

Wer dagegen Ziele vereinbart, in der Verwaltung durch Ermessenstatbestände tatsächlich entscheiden kann oder innerhalb eines Budgets die Prioritäten setzt, der handelt verstärkt eigenverantwortlich. Mehr Freiräume für Innovationen, mehr Effizienz beim Einsatz der Mittel und eine Kultur der Verantwortung und damit eine nachhaltige Entwicklung sind das Ergebnis, wenn Politik und Verwaltung auf die Steuerung im Detail verzichten.

Unsere Forschungslandschaft ist in Bewegung und wird sich zielgerichtet weiterentwickeln. Der klassische Weg von Grundlagenforschung über angewandte Forschung hin zu Entwicklung und Innovation weicht zunehmend einem vernetzten Prozess. Dabei werden nicht nur Wissen und fertige Lösungen in die Praxis geschickt, sondern in der Gegenrichtung komplexe Problemstellungen an die Forschung vermittelt. Zentrale neue Fragen und Chancen liegen zwischen den traditionellen Disziplinen und Branchen: So müssen sich Forschungsteams und Kooperationen nun bevorzugt interdisziplinär und branchenübergreifend zusammen finden.

Die Attraktivität des deutschen Innovationssystems wird nicht allein von Wettbewerbsfaktoren wie Kosten und Löhnen sondern auch ganz wesentlich von der Fähigkeit bestimmt, neue Strukturen und Märkte zu entdecken und durchzusetzen. Unsere Chance

liegt in der Entwicklung von Innovationen, die weltweit Anwendungsmöglichkeiten finden. Das erfordert oft jahrelanges offensives Lernen etwa durch langfristige Pilotvorhaben. Doch dieses Lernen zahlt sich aus: Wer komplexe Lösungen zuerst entwickelt und beherrscht, verschafft den beteiligten Unternehmen Wettbewerbsvorsprünge und zieht international Investoren an.

Viele aus Sicht der Nachhaltigkeit notwendige Strukturveränderungen in Produktion, Verkehr oder Wohnen und Bauen können Grundlage für solche komplexen Lernprozesse sein, sei es der Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung, Konzepte für eine umweltverträgliche Gestaltung der Mobilität oder eine natur-schonende und zugleich wirtschaftlich tragfähige Produktion hochwertiger Nahrungsmittel.

VI. Global Verantwortung übernehmen

Armutsbekämpfung und fairer Handel

Es begann mit Albert Schweitzer

Die moderne Entwicklungszusammenarbeit hat einen weiten Weg zurückgelegt. In den 20er-Jahren begann es u.a. mit Albert Schweitzer und seinem Urwaldhospital in Lambarene. Missionsstationen, kirchliche Hilfswerke und andere karitative Initiativen wollten die Not der einheimischen Bevölkerung lindern. Die Entwicklungshilfe der 60er und 70er Jahre zielte bereits auf Hilfe zur Selbsthilfe. Sie geriet allerdings in den Sog des Ost-West-Konflikts, hohe Leistungen sollten die Entwicklungsländer von der Überlegenheit des eigenen „Systems“ überzeugen. Heute steht im Mittelpunkt nicht mehr allein die Hilfe, sondern eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern um fairen Handel, die Teilhabe an Entscheidungen in internationalen Institutionen, Menschenrechte, Bildung und die Rolle der Frauen.

Der Globalisierung eine Richtung geben

Im Zeitalter der Globalisierung haben jede Investition und vor allem unsere Produktions- und Lebensweise Auswirkungen jenseits der staatlichen Grenzen. Eine wissenschaftliche Methode, dies zu ermitteln, ist der „ökologische Fußabdruck“, bei dem der Naturverbrauch der Menschen in Flächenbedarf pro Einwohner gemessen wird. Dieses Verfahren erlaubt relativ einfach, verschiedene Gesellschaften bezüglich ihrer Lebensstile zu vergleichen und lässt erkennen, wie nachhaltig sich diese verhalten.

Der weltweit durchschnittliche ökologische Fußabdruck pro Mensch wird mit 2,8 Hektar beziffert. Das ist doppelt so viel, wie nach Meinung von Wissenschaftlern mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar wäre. Weltweit verbrauchen die Menschen

in Industrieländern im Schnitt das Vierfache an natürlichen Ressourcen gegenüber Menschen in Entwicklungsländern. Dabei wird oft auf Ressourcen in anderen Ländern und auf gefährdete globale Umweltgüter zugegriffen. Deshalb müssen namentlich in den reichen Ländern Produktions- und Lebensweisen geändert und das vorhandene Naturkapital (z.B. Wälder, Süßwasser und Meere) effizienter genutzt werden, damit sich die Lebensbedingungen weltweit verbessern können.

Dies macht deutlich, dass sich eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie nicht nur auf die Konsequenzen von weltweiten Veränderungen hierzulande beziehen kann, sondern auch die Auswirkungen eigenen Handelns auf die Situation in anderen Regionen der Welt berücksichtigen muss. Unsere Art zu Leben und zu Wirtschaften hat Auswirkungen auf globale Ökosysteme. Genauso wirken sich Investitionen im Ausland und Geldanlagen auf den internationalen Kapital- und Finanzmärkten aus.

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist die strategische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Es geht darum, der Globalisierung eine Richtung zu geben, sie für Nord und Süd wirtschaftlich erfolgreich sowie sozial und ökologisch verträglich zu gestalten. Nur mit einer echten Teilhabe der Entwicklungsländer an der wirtschaftlichen Entwicklung und an den wichtigen politischen Entscheidungen kann der Sprengsatz der Armut für Sicherheit und Frieden entschärft werden.

Die Bundesregierung begrüßt den Vorschlag des Rates für Nachhaltige Entwicklung, nach dem Vorbild der Brundtland-Kommission eine Weltkommission der Vereinten Nationen zu Nachhaltigkeit und Globalisierung einzusetzen. Dabei geht es nicht um die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen, sondern um eine Initiative auf politischer Ebene, um Globalisierung entsprechend den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu gestalten.

Armut bekämpfen, Entwicklung fördern

Weltweit müssen 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als einem US-Dollar pro Tag überleben. Menschliches Elend, soziale Spannungen, Umweltschäden und politische Krisen sind die Folgen. Armutsbekämpfung ist daher für die Bundesregierung wichtiger Teil ihrer gesamten Politik, die auf globale Friedens- und Zukunftssicherung ausgerichtet ist. Die Bundesregierung hat hierzu eine Reihe von Initiativen ergriffen. Wichtige Beispiele:

- Durch die beim Kölner Weltwirtschaftsgipfel 1999 eingeleitete Entschuldung können 38 der ärmsten Länder unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 70 Milliarden US-Dollar Schuldendienst einsparen. Durch Erlass freier werdende Mittel werden für soziale Programme in diesen Ländern eingesetzt und kommen so den Menschen direkt zugute.
- Mit dem im April 2001 vom Kabinett verabschiedeten „Aktionsprogramm 2015“ leistet die Bundesregierung ihren Beitrag zur weltweiten Halbierung extremer Armut.
- Grundbildung ist wesentlicher Bestandteil einer Initiative, die die Vereinten Nationen beim Weltsozialgipfel 1995 beschlossen haben und die von Deutschland von Anfang an unterstützt wurde. Bisher wurde mit 27 Entwicklungsländern eine entsprechende Kooperation vereinbart.

Mehr Geld für Entwicklung

Für diese weitgesteckten Aufgaben und Ziele sind weitere Finanzmittel notwendig. Die Bundesregierung bekennt sich zu der Zusage des Europäischen Rates von Göteborg, das 0,7 %-Ziel so rasch wie möglich zu erreichen. In jedem Fall wird angestrebt, bis 2006 im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel mindestens 0,33 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe bereit zu stellen.

Faire Handelschancen

Genau so wichtig wie staatliche Finanzhilfe ist die Sicherung fairer Handelschancen für Entwicklungsländer. Damit eröffnet sich für diese die Chance, eine wirtschaftliche Entwicklung aus eigener Kraft voranzubringen. Mit der Entscheidung der EU, die Märkte für alle Produkte (außer Waffen) der am wenigsten entwickelten Länder zu öffnen, ist ein erster wichtiger Schritt getan. Dadurch können allein diese Länder zusätzlich 3 Milliarden US-Dollar einnehmen. Die Bundesregierung hat sich für diese Initiative und ihre Umsetzung besonders eingesetzt. Im Rahmen der neuen Welthandelsrunde wird die Bundesregierung auf den Abbau bzw. die Beseitigung der Importzölle für wichtige weiterverarbeitete Produkte der Entwicklungsländer hinwirken, um deren Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu vermindern. Darüber hinaus verfolgt die Bundesregierung im Rahmen der EU sowie der WTO die weitere Reduzierung von wettbewerbsverzerrenden Exportsubventionen.

Chancen des Weltgipfels in Johannesburg

Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im August/September 2002 in Johannesburg ist für die internationale Staatengemeinschaft zugleich Chance und Verpflichtung. Es geht darum, kritisch Bilanz zu ziehen und die Weichen im Hinblick für Umwelt und Entwicklung richtig zu stellen. Deutschland setzt sich vor allem für folgende Initiativen ein:

- Vereinbarung konkreter Maßnahmen zur Lösung der globalen Wasserkrise (Vorbereitung erfolgte durch die Internationale Süßwasserkonferenz in Deutschland im Dezember 2001).
- Erarbeitung von Strategien zur weltweiten stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Steigerung der Energieeffizienz.
- Konkrete Fortschritte auf dem Weg zur weltweiten Halbierung extremer Armut.

- Stärkung der finanziellen und wirtschaftlichen Basis für nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern durch Handelserleichterungen und Entwicklungszusammenarbeit.
- Gemeinsame Initiative mit der deutschen Wirtschaft, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen zur stärkeren Berücksichtigung von sozialen und Umweltaspekten sowie Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung bei Auslandsdirektinvestitionen.
- Ausbau der Strukturen der Vereinten Nationen im Bereich nachhaltige Entwicklung auch mit dem Ziel, Entwicklungsländer an Entscheidungen zur künftigen Gestaltung der Globalisierungsprozesse wirksamer zu beteiligen.
- Verbesserte Koordination von Umweltaktivitäten bei internationalen Einrichtungen und im Rahmen von internationalen Abkommen.
- Stärkung des Umweltprogramms (UNEP) der Vereinten Nationen, mit der Perspektive, es zu einer Weltumweltorganisation fortzuentwickeln.

K. Erfolgskontrolle sichert Erfolg

Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist Teil des politischen Programms für ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Deutschland. Sie setzt für die nächsten Jahre Prioritäten und nennt konkrete Ziele und Maßnahmen. Damit ist ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen Entwicklung getan. Doch die Arbeit geht weiter. Im Rahmen einer regelmäßigen Erfolgskontrolle ist zu prüfen, inwieweit die in der Strategie benannten Maßnahmen umgesetzt wurden und ob die angestrebten Ziele erreicht werden. Und schließlich muss die Strategie selbst weiterentwickelt werden. Denn die Nachhaltigkeitsstrategie ist nichts Statisches, sondern ein langfristiger Prozess, bei dem getroffene Entscheidungen und gefundene Lösungen immer wieder auf ihre Richtigkeit überprüft werden müssen. All dies sind Bestandteile eines Managementkonzepts der Nachhaltigkeit. Damit soll die praktische Umsetzung der Strategie erleichtert werden.

Das **Managementkonzept der Nachhaltigkeit** umfasst drei Elemente:

1. Managementregeln

Die zehn Managementregeln fassen in konzentrierter Form das Leitbild und die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung zusammen.

2. Indikatoren und Ziele

Indikatoren zeigen an, wo wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen. Ziele machen den Handlungsbedarf deutlich und sind für eine Erfolgskontrolle wichtig.

3. Monitoring

Mit Hilfe der Indikatoren wird im Rahmen eines Monitoring alle zwei Jahre über den erreichten Entwicklungsstand berichtet.

L. Ausblick

Eine nachhaltig zukunftsfähige Entwicklung ist ein gesellschaftlicher Such-, Lern- und Entscheidungsprozess, der von ständigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen begleitet ist. Daher muss auch die Strategie als Ganzes regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden. Im Lichte künftiger Entwicklungen müssen wir uns fragen, ob die Prioritäten für eine nachhaltige Entwicklung richtig gesetzt sind. Die Akteure in Politik und Gesellschaft sind gefragt, Veränderungen in der Gesellschaft aufzugreifen und in Entscheidungen über die Prioritäten einer nachhaltigen Entwicklung einfließen zu lassen. Wesentliche Triebkräfte sind auch neue Erkenntnisse in Wissenschaft und Forschung, technologische Innovationen, die uns bislang ungekannte Möglichkeiten eröffnen oder neue internationale Entwicklungen, die uns vor neue Herausforderungen stellen. Dem wird die Nachhaltigkeitsstrategie auch in Zukunft Rechnung tragen.

Nachhaltige Entwicklung bleibt demnach eine dauernde Aufgabe von Politik und Gesellschaft. Die Bundesregierung stellt sich dieser Aufgabe und fordert alle gesellschaftlichen Gruppen auf, an dem Projekt Nachhaltigkeit aktiv mitzuwirken und im Interesse unserer Kinder und Enkel ihren Beitrag für ein zukunftsfähiges Deutschland in der Einen Welt zu leisten.

